



Urheberrechtliche Zulässigkeit eines Werbeblockers

BGH, Urteil vom 31.7.2025 – I ZR 131/23

LAUSEN
www.lausen.com
kanzlei@lausen.com

MÜNCHEN
Residenzstr. 25
80333 München
Tel.: +49 89 24 20 96 0

KÖLN
Wolfsstr. 16
50667 Köln
Tel.: +49 221 27 24 78 0

HAMBURG
Gutruf Haus • Neuer Wall 10
20354 Hamburg
Tel.: +49 40 54 09 03 19 0

BERLIN
Meinekestr. 4
10719 Berlin
Tel.: +49 30 51 99 97 20



Urheberrechtliche Zulässigkeit eines Werbeblockers

BGH, Urteil vom 31.7.2025 – I ZR 131/23

Hintergrund

- Was passiert technisch beim Aufruf einer Webseite?
 - Der Browser (z. B. Chrome, Firefox, Safari) ruft beim Server der Webseite (also z. B. der Klägerin) eine Datei ab – das ist die **HTML-Datei**. Diese enthält einen Verweis auf die **CSS-Dateien**.
 - Diese Dateien werden im Arbeitsspeicher des Geräts des Konsumenten gespeichert.
 - Der Browser „interpretiert“ die Dateien, um sie als sichtbare Webseite anzuzeigen:
 - Er erzeugt eine **DOM-Struktur** (Document Object Model). Das ist wie ein Baumdiagramm, das beschreibt, welche Elemente (Text, Bilder, Buttons etc.) die Seite enthält.
 - Gleichzeitig baut der Browser aus den CSS-Dateien (das sind Formatierungsanweisungen für Farben, Layouts usw.) eine **CSSOM-Struktur**.
 - Dann kombiniert der Browser beides zu einem Rendering-Baum – das ist die Grundlage dessen, was dann tatsächlich auf dem Bildschirm zu sehen ist.



Urheberrechtliche Zulässigkeit eines Werbeblockers

BGH, Urteil vom 31.7.2025 – I ZR 131/23

Hintergrund

- Was macht der Werbeblocker?
 - Ein Werbeblocker verändert diese Strukturen.
 - Er erkennt bestimmte Elemente (z. B. Banner, Pop-ups) als Werbung und entfernt oder versteckt sie, bevor die Seite auf dem Bildschirm angezeigt wird.
 - Das heißt: Der Werbeblocker greift in den Ablauf ein, den der Browser eigentlich ausführt.



Urheberrechtliche Zulässigkeit eines Werbeblockers

BGH, Urteil vom 31.7.2025 – I ZR 131/23

Sachverhalt

- Die Klägerin ist ein Verlagshaus. Sie ist Pächterin mehrerer Online-Portale.
- Die Beklagte zu 1 vertreibt ein Plug-in für Webbrowser, das der Unterdrückung von Werbeanzeigen auf Webseiten dient.



Urheberrechtliche Zulässigkeit eines Werbeblockers

BGH, Urteil vom 31.7.2025 – I ZR 131/23

Sachverhalt

- Bei Aufruf der Webseiten der Online-Portale der Klägerin durch Eingabe der entsprechenden Internet-Adresse in einen Internet-Browser fordert der Browser vom Server der Klägerin die HTML-Datei an und speichert sie im Arbeitsspeicher auf dem Endgerät des Nutzers. Zur Anzeige des HTML-Dokuments interpretiert der Browser den Inhalt des HTML-Dokuments mittels einer Parsing-Engine. Das Ergebnis der Interpretation ist eine Objektstruktur, ein sogenannter DOM-Knotenbaum. Zur Formatierung der Webseite baut eine CSS-Engine sogenannte CSS-Strukturen ("CSSOM") auf. Die DOM- und CSS-Strukturen werden mittels einer Render-Engine in einer Rendering-Baumstruktur zusammengeführt. Der Werbeblocker der Beklagten nimmt Einfluss auf diese vom Browser erzeugten Datenstrukturen und sorgt dafür, dass als Werbung erkannte Elemente nicht auf dem Bildschirm des Nutzers erscheinen.



Urheberrechtliche Zulässigkeit eines Werbeblockers

BGH, Urteil vom 31.7.2025 – I ZR 131/23

Sachverhalt

- Die Klägerin ist der Auffassung, bei der Programmierung ihrer Webseiten handele es sich aufgrund der darin enthaltenen Steuerungselemente insgesamt um Computerprogramme im Sinne des § 69a Abs. 1 UrhG, an denen ihr die ausschließlichen Nutzungsrechte zustünden. Der DOM-Knotenbaum und die CSS-Strukturen mit den darin enthaltenen Handlungsanweisungen seien Ausdrucksformen dieser Programmierung und nähmen an deren urheberrechtlichem Schutz teil.
- Die bei der Verwendung des Werbeblockers erfolgenden Vervielfältigungen im Sinne des § 69c Nr. 1 Satz 1 UrhG seien unberechtigt. Der Werbeblocker führe außerdem zu unbefugten Umarbeitungen im Sinne des § 69c Nr. 2 Satz 1 UrhG. Die Klägerin hat die Beklagten auf Unterlassung, Auskunft und Schadensersatz in Anspruch genommen.



Urheberrechtliche Zulässigkeit eines Werbeblockers

BGH, Urteil vom 31.7.2025 – I ZR 131/23

Sachverhalt

- Das Landgericht hat die Klage abgewiesen.
- Die Berufung der Klägerin ist erfolglos geblieben.



Urheberrechtliche Zulässigkeit eines Werbeblockers

BGH, Urteil vom 31.7.2025 – I ZR 131/23

Rechtsrahmen

▪ § 69a Gegenstand des Schutzes

(1) Computerprogramme im Sinne dieses Gesetzes sind Programme in jeder Gestalt, einschließlich des Entwurfsmaterials.

(2) Der gewährte Schutz gilt für alle Ausdrucksformen eines Computerprogramms. Ideen und Grundsätze, die einem Element eines Computerprogramms zugrunde liegen, einschließlich der den Schnittstellen zugrundeliegenden Ideen und Grundsätze, sind nicht geschützt.

(3) Computerprogramme werden geschützt, wenn sie individuelle Werke in dem Sinne darstellen, daß sie das Ergebnis der eigenen geistigen Schöpfung ihres Urhebers sind. Zur Bestimmung ihrer Schutzfähigkeit sind keine anderen Kriterien, insbesondere nicht qualitative oder ästhetische, anzuwenden.

(4) Auf Computerprogramme finden die für Sprachwerke geltenden Bestimmungen Anwendung, soweit in diesem Abschnitt nichts anderes bestimmt ist.



Urheberrechtliche Zulässigkeit eines Werbeblockers

BGH, Urteil vom 31.7.2025 – I ZR 131/23

Rechtsrahmen

▪ **§ 69c Zustimmungspflichtige Handlungen**

Der Rechteinhaber hat das ausschließliche Recht, folgende Handlungen vorzunehmen oder zu gestatten:

1. die dauerhafte oder vorübergehende Vervielfältigung, ganz oder teilweise, eines Computerprogramms mit jedem Mittel und in jeder Form. Soweit das Laden, Anzeigen, Abfragen, Übertragen oder Speichern des Computerprogramms eine Vervielfältigung erfordert, bedürfen diese Handlungen der Zustimmung des Rechteinhabers;
2. die Übersetzung, die Bearbeitung, das Arrangement und andere Umarbeitungen eines Computerprogramms sowie die Vervielfältigung der erzielten Ergebnisse. Die Rechte derjenigen, die das Programm bearbeiten, bleiben unberührt;



Urheberrechtliche Zulässigkeit eines Werbeblockers

BGH, Urteil vom 31.7.2025 – I ZR 131/23

Gründe

- Die Revision der Klägerin hat teilweise Erfolg.
- Dem Berufungsurteil lässt sich nicht eindeutig entnehmen, von welchem Schutzgegenstand und von welchen für die Frage des Eingriffs maßgeblichen schutzbegründenden Merkmalen dieses Schutzgegenstands das Berufungsgericht ausgegangen ist. Der Annahme des Berufungsgerichts, es sei jedenfalls ein Eingriff in den Schutzbereich im Sinne einer Umarbeitung gemäß § [69c](#) Nr. 2 Satz 1 UrhG zu verneinen, fehlt damit eine hinreichend tragfähige Grundlage.



Urheberrechtliche Zulässigkeit eines Werbeblockers

BGH, Urteil vom 31.7.2025 – I ZR 131/23

Gründe

- Das Berufungsgericht hat "die HTML-Datei" der Webseitenbetreiber als den möglicherweise als Computerprogramm geschützten Gegenstand angesehen. Es hat angenommen, dass die HTML-Datei direkt darstellbare Elemente (z. B. Text), aber auch Verweise auf externe Speicherorte enthalte und Java-Scripte unmittelbar im HTML-Dokument eingebunden seien. Ferner seien Formatierungsinformationen des Webseitenbetreibers teilweise in die HTML-Datei eingebunden und teilweise in einer separaten Datei enthalten.



Urheberrechtliche Zulässigkeit eines Werbeblockers

BGH, Urteil vom 31.7.2025 – I ZR 131/23

Gründe

- Die seitens der Klägerin übermittelten Dateien (u. a. HTML-Dokumente) würden durch den Werbeblocker der Beklagten nicht geändert. Dieser habe zwar Auswirkungen auf die Datenstrukturen, die vom Browser erzeugt würden. Einzelne Programmbefehle der Klägerin würden blockiert oder überschrieben. In der Variante des Blockierens von Inhalten durch Ausblenden von Elementen verändere der Werbeblocker auch aktiv und direkt Code einer Webseite im Browser eines Nutzers. Dabei bleibe aber die Substanz der Software der Klägerin unberührt, weil es um die reine Programmausführung gehe. In der Variante des "Element Hiding" wiesen die Datenstrukturen (CSSOM beziehungsweise style context und damit auch der Render Tree) infolge des Einsatzes des Werbeblockers der Beklagten "neuen" Code auf. Dabei bedeute "neu", dass die Datenstrukturen mit eingeschaltetem Werbeblocker anders aussähen als mit ausgeschaltetem Werbeblocker.



Urheberrechtliche Zulässigkeit eines Werbeblockers

BGH, Urteil vom 31.7.2025 – I ZR 131/23

Gründe

- Diesen Ausführungen lässt sich nicht entnehmen, worin konkret der - unterstellt als Computerprogramm geschützte - Code der vom Nutzer in den Arbeitsspeicher geladenen HTML-Datei des Webseitenbetreibers besteht und warum in diesen Code nicht durch den Werbeblocker der Beklagten eingegriffen wird. Hiervon ausgehend erscheint es unklar und widersprüchlich, dass das Berufungsgericht zum einen annimmt, dass der Werbeblocker lediglich in die reine Programmausführung eingreift, zum anderen aber davon ausgeht, dass einzelne Programmbefehle der Klägerin blockiert und überschrieben werden und auch aktiv und direkt Code verändert wird.